

10. XI. 1917

202

Aufregung erpart. Das ist ja doch das Wichtigste, und wir registrieren es mit Genugtuung — freilich nicht ohne daran zu erinnern, daß Graf Czernin selbst in seiner Budapester Rede seinem Friedensprogramm eine Fallfrist gesetzt und dadurch die Gerüchte von einer „Verschiebung“ seines Programms selbst hervorgerufen hat. Aber immerhin, diese Gerüchte sind jetzt dementiert. Weniger befriedigend klingt das, was das Fremdenblatt zur polnischen Frage meldet. Zuerst wird uns mitgeteilt, daß in den dreitägigen Berliner Konferenzen unter den „aktuellen Fragen“ „natürlich auch die polnische“ besprochen wurde. Am Schluß des Fremdenblatt-Communiqués wird uns aber, offenbar damit auch die Schwerhörigen es verstehen, zweimal hintereinander ins Ohr geflüstert, daß das polnische Volk „am Tage des Friedensschlusses“ „selbst über sein künftiges Schicksal entscheiden wird“. Wir würden das gern auch noch ein drittes Mal hören, weil wir überhaupt gern vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hören.

bember 1916 hat sich nachträglich als ziemlich überflüssig, wenn nicht gar schädlich erwiesen. Die Mittelmächte haben diesen Staat, noch mitten während des Krieges, in der wohlwollenden Absicht begründet, um, wie Baron Burian, der damalige Minister des Aeußern, sagte, „Polen vom russischen Joche endgültig zu befreien“. Vier Monate später hat die russische Revolution alle Völker des Russischen Reiches vom Jarenjoch befreit und ihnen das Recht der Selbstbestimmung gegeben. Unsere Gründung eines polnischen Staates hat dadurch eigentlich ihren Zweck verloren. Sie wäre besser unterblieben. Denn sie hat uns bisher nur Ungelegenheiten bereitet. Sie ist auch die Quelle aller Gerüchte über Pläne „zurück zu kommen“.

Vier Dementis.

Vier Dementis hintereinander sind bereits von unserer Regierung der Berliner Meldung über die Lösung der polnischen Frage entgegengestellt worden: das erste Mittwoch vom I. I. Korrespondenzbureau, das zweite am gleichen Tage vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler im Ausschuß des Abgeordnetenhauses, das dritte abermals von Dr. v. Seidler gestern im Plenum des Abgeordnetenhauses und das vierte heute im Fremdenblatt. Jedes folgende Dementi beweist, daß die vorhergehenden nach der eigenen Ansicht der Regierung nicht ausreichend waren. Daß die Dementis förmlich einander auf die Füße treten, ist schlecht. Man muß in jedem Dementi irgend etwas wichtig Scheinendes vergessen haben, das man in einem neuen Dementi nachträgt. Auch bei der Kontroverse über das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Frühjahr gab es zuerst eine parlamentarische Erklärung des Dr. v. Seidler im Ausstrah des Grafen Czernin und hinterdrein einen Nachsatz im Fremdenblatt. Postskribta sind nicht gerade die Gewohnheit klarer Köpfe.

Das Dementi Nr. 4 bringt also endlich die Versicherung, daß das Friedensprogramm der I. u. I. Regierung „sich nicht um Saarebreite verschoben“ habe. Na, warum haben Sie das nicht gleich gesagt? Man hätte sich dann manche

Über wie stimmt dies zu der vorangegangenen Mitteilung, daß die leitenden Staatsmänner der Mittelmächte in Berlin „unter den aktuellen Fragen“ „natürlich auch die polnische Frage“ besprochen haben? In den ersten drei Dementis wurde sogar noch weiter gegangen. Dort wurde bloß die Behauptung gewagt, daß die polnische Frage bei den Berliner Besprechungen „noch nicht gelöst“ worden sei, woraus man schließen mußte, daß dort jedenfalls an ihrer Lösung gearbeitet worden sei, was doch mehr ist als das „Besprechen“ der Frage im vierten Dementi. Wozu besprechen aber unsere Staatsmänner die polnische Frage oder lösen sie sie, wenn deren Entscheidung dem polnischen Volk überlassen bleiben soll? Da wären doch nur polnische Staatsmänner zu ihrer Besprechung und Lösung kompetent.

Es wird vielleicht gut sein, noch durch ein fünftes Dementi diesen Widerspruch aufzuklären, aber, ohne einen neuen zu produzieren. Wir sollten dann aber definitiv den Polen (im Königreich) die Entscheidung über ihr Schicksal selbst überlassen. Es wäre besser gewesen, wenn wir uns nie herein gemengt hätten. Die durch die Mittelmächte erfolgte Gründung des polnischen Staates vom 5. No-